

Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Volt

Stadtverordnetenfraktion Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Sep. 2022

M. Pa.

24

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda Schloßstrasse 5 36037
Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstr. 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.
12.09.2022

ANTRAG

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

eine Energiegeld i. H. v. 200 € an Vereine mit einem Vereinsheim auszu-
schütten.

Begründung:

Aufgrund der aktuellen stark gestiegenen Energiepreise bedarf es eine Unter-
stützung der Vereine

Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter
Eric Wettels

Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Volt Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstrasse 5 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 FULDA

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 13. Sep. 2022
<i>G. S.</i>

25

ANTRAG

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

alle städtischen Parkhäuser und Parkflächen werden mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet.

Begründung:

Im Zuge des Klimawandels ist es wichtig, alle Möglichkeiten zur Herstellung regenerativer Energie auszuschöpfen. Die Kommune muss hierbei mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Flächen entsprechend nutzen.

Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter:
H.-J. Tritschler

Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Volt Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schlossstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Sep. 2022

H. So.

26

A N T R A G

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

der Magistrat der Stadt Fulda lässt alle Ampelanlagen, ggf. gemeinsam mit Hessen Mobil überprüfen:

1. In Bereichen, die stark von Fußgängerinnen und Fußgängern frequentiert sind, um diese fußgängerfreundlicher zu schalten.
2. An allen wichtigen Straßenverbindungen, hinsichtlich der Vermeidung unnötiger Staus.

Begründung:

Die Fußgängerampeln Bahnhof bis zum Universitätsplatz, entsprechen nicht den Anforderungen, die man an eine Fußgängerzone stellt. Auch wenn kein KfZ oder Fahrrad in Sicht ist, bleiben die Fußgängerampeln gefühlt minutenlang auf Rot. Auch anderen Bereiche, die eine starke Fußgängerfrequenz aufweisen, sind dahingehend zu überprüfen. Es gibt Kreuzungsbereiche, die zu bestimmten Zeiten unnötige Stausituationen bewirken. Ein Paradebeispiel ist der Kreuzungsbereich Bardostr., Langenbrückestr. und Haimbacher Straße. Dort staut sich der Verkehr zeitweise bis zurück bis zum Weimarer Tunnel.


Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter
H.-J. Tritschler



CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss



36037 Fulda

Fulda, 12.09.2022

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE
betreffend **Prüfung der Höhe der Zuschüsse für den gebundenen Wohnungsbau**

A N T R A G

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich die Kosten für die Herstellung von Wohnraum dramatisch erhöht. In den Jahren 2021 und 2022 sind die Baupreise für Wohnungsbau um circa 27 % angestiegen, so die offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Allein im Juni 2022 erfolgte eine Baupreis-Steigerung von 5,5 %. Die Lieferkettenproblematik und der Ukraine-Krieg werden die negative Entwicklung am Baumarkt weiter anhalten lassen.

Die gestiegenen Baupreise haben dazu geführt, dass Investoren Baumaßnahmen entweder aufgegeben oder zumindest die Realisierung nach hinten verschoben haben. Dies gilt sowohl für private wie institutionelle Bauherren.

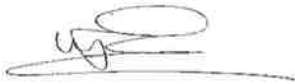
Das Statistische Bundesamt verzeichnet einen Rückgang der Baugenehmigungen allein im Jahr 2022 von 6,4 %. Diese Zahl ist nicht repräsentativ für die tatsächliche Durchführung von Baumaßnahmen, da viele Investoren die laufenden Maßnahmen bis zur Baugenehmigung vorantreiben, dann aber aufgrund der erheblich gestiegenen Kosten die Maßnahme zunächst nicht umsetzen. In der Bauwirtschaft wird von einem Rückgang im Wohnungsbau von ca. 30 % ausgegangen.

Seit Anfang des Jahres sind zudem die Fremdkapitalzinsen angestiegen. Für eine Wohnungsbaufinanzierung müssen aktuell zwischen 2,75 und 3,25 % Zinsen gezahlt werden. Bis Ende 2021 lagen die Kosten für Fremdkapital noch bei 1,25 – 1,75 %. Die Zinssteigerung verschlechtert das Investitionsklima zusätzlich. Von der Zurückhaltung der Investoren sind auch die Bereiche des sogenannten geförderten Wohnungsbaus betroffen. Durch die gestiegenen Herstellungskosten sind Bauprojekte in aller Regel nicht mehr wirtschaftlich tragfähig.

Das städtische Wohnungsbauführungsprogramm wurde in seinen Eckpunkten im Jahre 2021 konzipiert. Die im Förderprogramm vorgesehenen Zuschüsse basieren auf Wirtschaftlichkeitsberechnungen, deren Eckpunkte sich inzwischen völlig verändert haben. Sowohl die gestiegenen Baupreise als auch die höheren Finanzierungskosten führen auch unter Einrechnung von Zuschüssen zu negativen Wirtschaftlichkeitsdaten. Diese Negativentwicklung sollte durch die Erhöhung der Zuschüsse zumindest teilweise kompensiert werden.

Vor diesem Hintergrund beantragen die Koalitionspartner CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE eine Prüfung, ob die Höhe der in den Förderprogrammen festgelegten Zuschüsse noch zeitgerecht ist und welche Neuberechnung erforderlich und angemessen ist.

Ziel ist es, durch die Anhebung der Förderung den Bau von mietpreisgebundenem Wohnraum auch unter den veränderten Rahmenbedingungen zu ermöglichen.



Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende CDU



Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender FDP



Martin Jahn
CWE



Elke Diegelmann
CWE



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Sep. 2022

Christlich Demokratische Union Bankverbindung:
Stadtverordnetenfraktion Fulda Sparkasse Fulda
Schlossstr.1 36037 Fulda BLZ 530 50180
Kto Nr. 400 27 438
Tel.: 0661 54580
E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss

36037 Fulda

28

Fulda, 12.09.2022

Berichts Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion
betreffend aktuelle Personalsituation in städtischen Kindertagesstätten

A N T R A G

In den Medien wird aktuell über tausende fehlende Erzieherinnen und Erzieher in Hessen berichtet. 25.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher wird Hessen laut einer Studie bis zum Jahr 2030 benötigen.

Schon jetzt sei der Bedarf an zusätzlichen Kita-Plätzen groß. Trotz des Rechtsanspruchs bekommen nicht alle Eltern einen Platz für ihre Kinder.

Die CDU-Fraktion stellt einen Berichts Antrag zur aktuellen Personalsituation in den städtischen Kindertagesstätten in Fulda.

Dabei sollen auch die aktuellen Betreuungsquoten, die eventuellen Wartelisten sowie die aktuellen Gruppengrößen beleuchtet werden.

Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende

i.A. Steffen Werner
Fraktionsassistent

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Sep. 2022

[Handwritten signature]

29

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

12.07.2022

Nutzung von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge während der Energiekrise

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. Die Ladesäulen, die Nutzern von Elektrofahrzeugen durch die Stadt Fulda zur Verfügung gestellt werden, werden mit sofortiger Wirkung stillgelegt.
2. Sollte dies aus technischen oder anderen Gründen nicht möglich sein, sind ersatzweise sämtliche finanzielle Förderungen durch die Stadt Fulda mit sofortiger Wirkung einzustellen, sowie auf eine möglichst baldige Stilllegung hinzuarbeiten.

Begründung:

Durch das Festhalten der Bundesregierung an der geplanten Abschaltung der letzten Kernkraftwerke in Deutschland sind Stromknappheit und -ausfälle immer wahrscheinlicher. Dies wird von mehreren Experten verschiedenster Branchen bestätigt.

Die Sanktionen, die im Zuge des Ukraine-Kriegs gegen Russland verhängt wurden, trafen in erster Linie die Energieversorgung Deutschlands und verschlimmern die Situation weiterhin. Der bisher angerichtete wirtschaftliche Schaden bei Industrie, Handwerk, Groß- und Kleinunternehmen sowie dem Rückgrat unserer Wirtschaft, nämlich dem Mittelstand, hat bereits jetzt zu zahlreichen Insolvenzen, Produktionsengpässen und -stopps geführt und ist kaum zu beheben. Weiterer Schaden für unsere Bürger muss unbedingt vermieden werden.

Eigentümer von Elektrofahrzeugen erhalten bis zu 4.500 Euro staatliche Förderung bei der Anschaffung. Ebenso wird der zum Aufladen genutzte Strom weiterhin, trotz Energiekrise und möglichen Stromausfällen, staatlich subventioniert und somit deutlich günstiger abgegeben als beispielsweise für Privathaushalte. Somit ist sowohl bei der Anschaffung als auch dem Betreiben eines Elektrofahrzeuges eine deutliche Bevorteilung und Ungleichbehandlung gegenüber den Eigentümern von herkömmlichen Verbrennerfahrzeugen gegeben. Diese ist mit Blick auf die dramatischen Auswirkungen der Sanktionspolitik auf die gesamte deutsche Gesellschaft nicht mehr zeitgemäß.

Im Zuge der aktuellen, alles beherrschenden Energiekrise muss hier Solidarität und Verzicht von einer der größten Stromverbrauchergruppen Deutschlands (ca. 687.200 E-Autos mit einem Durchschnittsverbrauch von 2.400 kWh/Jahr = 1.649.280.000 kWh) gefordert werden.

Die Stadt Fulda kann mit der Stilllegung ihrer Ladesäulen für Elektrofahrzeuge - bzw. der Einstellung finanzieller Förderung dieser - einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherung leisten und eine Vorreiterrolle übernehmen. Dies ist eine Gelegenheit, unseren Bürgern zu zeigen, dass Politik mit Vernunft betrieben und nicht durch zwanghafte Ideologie gesteuert wird. Insbesondere dann, wenn großmaßstäblich veränderte außenpolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sachzwänge ohnehin eine völlige Neubewertung der Situation erfordern.

Zudem stellt sich zusätzlich erschwerend die Frage nach der derzeitigen rechtlichen Zulässigkeit vieler Ladesäulen. Das Handelsblatt berichtet unter Berufung auf die Eichämter der Länder, dass ein Großteil der momentan in Deutschland installierten Säulen faktisch illegal betrieben wird. [1]

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

[1] <https://www.handelsblatt.com/mobilitaet/elektromobilitaet/elektromobilitaet-tausende-schnellladesaeulen-in-deutschland-sind-noch-illegal-in-betrieb/27562014.html>

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Sep. 2022

[Handwritten signature]

30

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

12.07.2022

Jetzt städtischen Blackout-Notfallplan für Fulda erstellen!

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich einen Blackout-Notfallplan vorzustellen und diesen dort auch zur Abstimmung zu stellen. Dieser soll für verschiedene Szenarien (örtliche Betroffenheit, zeitliche Länge) eines sogenannten Blackouts, also eines längeren Zusammenbruchs der gesamten Energieversorgung, städtische Notfallmaßnahmen beinhalten. Diese sollen die Sicherstellung der Versorgung der Bürger mit Lebensmitteln, Wasser und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beinhalten, sowie eine Informationskampagne für eine adäquate persönliche Krisenvorsorge. Außerdem soll der Notfallplan so angelegt sein, dass er in den weiteren Monaten der jeweils aktuellen Entwicklung angepasst und weiterentwickelt werden kann. Quartalsweise werden die Stadtverordneten über die jeweils aktuelle Fassung informiert.

Begründung:

Unsere Energieversorgung ist zum einen infolge des Krieges in der Ukraine und der darauffolgenden Sanktionen gegen Russland stark gefährdet, aber auch weil sich abzeichnet, dass Deutschland über die vergangenen zwei Jahrzehnte eine Energiewende ins Abseits vollführt hat, die insbesondere nicht krisensicher ist. Zwar wurden Kohlekraftwerke in Deutschland teilweise wieder hochgefahren, aber dies soll nur übergangsweise geschehen und der Ausstieg aus der Kernkraft soll nach aktuellem Stand weiterhin zum Ende dieses Jahres erfolgen.

Außerdem werden Hackerangriffe, als ernstzunehmende und akute Gefahr angesehen, betroffen war hier u.a. schon der Energieversorger Entega in Darmstadt oder der örtlichen IHK¹. Die Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Energieversorgung wird mittlerweile als real bewertet. Unter anderem zeigte sich dies auch an der kürzlich erfolgten Warnung mehrerer Stadtwerke vor der Inbetriebnahme von Heizlüftern oder Ölradiatoren als Alternative zur Gasnutzung.

Unabhängig von etwaigen Blackout-Notfallplänen der Landes- oder Bundesregierung und deren prioritären Zuständigkeit, ist ein städtisches Vorgehen als ergänzende und eigenständige Maßnahme erforderlich, um die Verwerfungen infolge eines Blackouts für die Fuldaer Bürger soweit wie möglich zu verringern.

Ein längerer Zusammenbruch der Energieversorgung hat katastrophale Folgen für die elementaren Bedürfnisse der Bürger, wie die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser, sowie die öffentliche Sicherheit. Lt. einer Studie des Rheingau-Taunus-Kreis würde ein Blackout bereits nach 96 Stunden im dortigen Kreis über 400 Menschenleben kosten². Vielen Bürgern ist der Ernst der Lage offensichtlich noch nicht bewusst, hier ist eine entsprechende Informationskampagne der Stadt für eigene Vorsorgemaßnahmen notwendig. Soweit eine Studie, wie sie der Rheingau-Taunus-Kreis erstellen ließ, noch nicht vorliegt, so ist eine solche auch schnellstmöglich auch für Fulda zu erstellen und den Bürgern prominent zugänglich zu machen.

Die Zeit drängt, ein weiteres Zuwarten und bloßes Hoffen auf mildes Wetter im Winter oder auf eine günstige Entwicklung in Politik und Energieversorgung wäre grob fahrlässig und verantwortungslos gegenüber den Bürgern der Stadt Fulda.

Mit freundlichen Grüßen



Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -



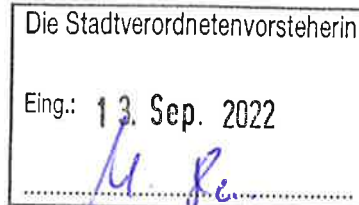
Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

¹ <https://www.fuldaerzeitung.de/fulda/fulda-cyberangriff-ihk-internetseiten-erreichbarkeit-ingeschraenkt-hacker-michael-konow-91715387.html>

² <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/rheingau-taunus-kreis-bereitet-sich-auf-blackout-und-gasmangel-vor-18302477.html>

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 13.09.2022



Antrag das *Fuldaer Weinfest* wieder als ein offenes, frei zugängliches Fest zu gestalten

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt das Weinfest Fulda in Zukunft wieder als ein offenes Fest für alle Bürger*Innen und Besucher*Innen zu gestalten, das heißt der Besuch des Weinfestes sollte ohne den Erwerb einer Eintrittskarte möglich sein. Als Veranstaltungsort schlagen wir den zentralen Innenstadtbereich (in/um den Museumshof) vor. Wir wissen, dass die Weinfest Fulda GbR der Veranstalter ist. Wir beantragen aber, dass die Stadt Fulda als wichtigster Partner ihre erheblichen Einflussmöglichkeiten nutzt, um das Weinfest möglichst ab 2023 wieder in der o.g. Form stattfinden zu lassen.

Begründung:

In der Vergangenheit war das Weinfest Fulda immer ein Volks- und Stadtfest, welches spontan besucht werden konnte um mit der Familie, Freund*Innen, Arbeitskolleg*Innen usw. ein paar schöne Stunden zu verbringen. Nicht zu unterschätzen war hierbei, dass sich „bei einem Glas Wein“ Menschen aller Alters- und Gesellschaftsschichten begegnet und ins Gespräch gekommen sind; für ein Weinfest charakteristisch.

Das in diesem Jahr im Hof des Stadtschlusses durchgeführte Weinfest hat diese Erwartungen, so wurde es uns von vielen Bürger*innen gespiegelt, nur rudimentär erfüllt. In diesem Zusammenhang wurden auch immer wieder folgende Kritikpunkte geäußert:

1. Das Weinfest kann weniger spontan, unkompliziert und von weniger Menschen besucht werden.
2. „Das Weinfest ist im Prinzip das Genussfest, halt nur mit Wein“
3. Die Veranstaltung wird als elitär wahrgenommen. Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten fühlen sich benachteiligt.
4. Die Organisationsform benachteiligt Menschen, die nicht online-affin beim Bestellen und Bezahlen sind (siehe Barrierefreiheit).

5. Die Ausgabe der Getränke-Gutscheine war leider Mogelpackung zum Nachteil der Kunden:

Die Gutscheine durften nur bei Weinflaschen, nicht aber bei anderen Getränken kombiniert werden. Für diese wurde immer nur ein Gutschein angerechnet. Wer nicht vier verschiedene Getränke erwerben wollte, blieb a) auf Gutscheinen sitzen und musste b) bei jedem Getränk dazu bezahlen.

Dr. med. Ralf Schneider



i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Sep. 2022

Fulda, 12.09.2022

36037 Fulda

32

Antrag auf fortlaufenden Sachstandsbericht im Ausschuss DWA

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt einen Sachstandsbericht zu allen an den DWA überwiesenen Anträgen, die noch nicht abschließend im Ausschuss beraten, beschlossen oder umgesetzt worden sind. Dieser Sachstandsbericht soll noch im Jahr 2022 durch die Stadtverwaltung erfolgen.

Begründung:

In den letzten Jahren haben alle Parteien Anträge gestellt, die zur Beratung an den Ausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Verkehr überwiesen wurden.

- Viele Anträge wurden im Ausschuss bisher allerdings noch nicht beraten (z.B. Gehweg zw. Emailierwerk und Hbf).
- Anderen Anträgen stimmte der Ausschuss nach Beratung bereits zu, eine Umsetzung ist bisher allerdings nicht erfolgt (z.B. Fahrradabstell-Anlage Friedrichstraße).

Uns liegt daran, die produktive Arbeit des Ausschusses transparent zu gestalten. Der Sachstandsbericht soll dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Wir schlagen vor, dass der Sachstandsbericht in Form einer Tabelle erfolgt, die fortlaufend aktualisiert und gepflegt werden kann

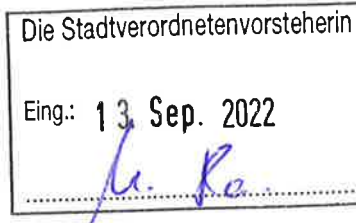
Dr. med. Ralf Schneider



i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236
Fulda, 13.09.2022

Antrag
SVV 26.09.2022

Stadt für alle – Stadtmobiliar I

Beschlussvorschlag

Um beide Kastanien am Buttermarkt werden wieder Bänke mit Rückenlehnen installiert.

Begründung

Viele Jahre lang waren beide Kastanien am Buttermarkt mit funktionalen, bequemen und auch vom zurückhaltenden Design her passenden Sitzbänken mit Rückenlehnen versehen. Die Sitzbank um die Kastanie vor dem Haus Nr. 9 wurde bereits vor einiger Zeit entfernt. Ersatz steht dort noch immer nicht.

Die Bank der Kastanie an der Einmündung zur Marktstraße wurde vor einigen Monaten entfernt. Ersetzt wurden diese durch Bänke ohne Rückenlehnen, die noch dazu auch vom Design her gar nicht dahin passen.



Ute Riebold

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Sep. 2022

M. Hartmann

Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de
0170 6 123 181 · 0661 90 15 236
Fulda, 13.09.2022

Antrag
SVV 26.09.2022

Stadt für alle – Stadtmobiliar II

Beschlussvorschlag

Bänke werden nicht nur nach Design ausgewählt, sondern auch nach Bequemlichkeit. In der Regel werden nur noch Bänke mit Rückenlehnen aufgestellt. Auch Armlehnen sollten neue Bänke haben.

Begründung

Früher hatte Fulda kein durchgestyltes Stadtmobiliar – doch die Bänke hatten alle Rückenlehnen. Sie waren selten schön, doch durchweg bequemer als die meisten der Nachfolgemodelle. Rückenlehnen haben nur sehr wenige der neueren Bänke. Positiv ist in diesem Zusammenhang nur die Marktstraße zu nennen. Hier haben die Bänke teilweise sogar Armlehnen. Insbesondere alte oder mobilitätseingeschränkte Menschen brauchen Lehnen um bequem sitzen und wieder aufstehen zu können.

Auch bei der neuesten Platzumgestaltung sind wieder bequeme, mit Rückenlehnen versehene Bänke gegen Designer-Bänke ohne Lehnen ausgetauscht worden: auf dem Platz vor dem Palais Buttlar.

Viele Jahre lang waren beide Kastanien am Buttermarkt mit funktionalen, bequemen und auch vom zurückhaltenden Design her passenden Sitzbänken mit Rückenlehnen versehen. Die Sitzbank um die Kastanie vor dem Haus Nr. 9 wurde bereits vor einiger Zeit ersatzlos entfernt. Die andere wurde vor einigen Monaten durch Bänke ohne Rückenlehnen ersetzt, die noch dazu auch vom Design her gar nicht dahin passen.

Ute Riebold
Ute Riebold